

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsbestellungen und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Verlagspreis monatl. drei Haus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Erscheinung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,15 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklameweile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang Dresden, Montag den 24. Juni 1929 Nummer 144

Polizeibrutalitäten in Hamburg

Polizei schießt in fliehende Arbeiter / 4 Personen schwer verletzt / Sozialfaschisten überfallen in Schwerin kommunistische Wahlwerber / Polizeiüberfall auf Freidenker in Dresden / Wahlerfolg der KPD in Mecklenburg / Verluste der SPD

Hamburg, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag hat der sozialdemokratische Polizeikommissar Schönsfelder neue Blutschuld auf sich geladen. In dem sogenannten Gängeleierel wurden gegen Mitternacht in provokatorischer Weise drei Arbeiter von der Polizei festgehalten, weil sie angeblich eine Klebefolienleiste abreißen wollten. Als die Arbeiter versuchten zu fliehen, schrie die Polizei sofort Schüsse ab. Inzwischen war eine große Menschenansammlung entstanden. Auch in diese wurden wahllos Schüsse abgegeben. Vier Zivilpersonen, drei Männer und eine Frau, wurden schwer verletzt.

Der Sozialfaschismus feiert Orgien. Unter dem Sozialdemokraten Müller, unter dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, ist das Zettelanfalten ein solch schmerzliches Verbrechen, daß man deswegen erschossen wird. Der von Sozialdemokraten geführte Polizei ist das Schicksal verdammend loder. Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse entfacht die gleiche Hysterie wie nach den Maidorängen in Berlin. Auch jetzt versucht man den Anschein zu erwecken, als sei zuerst auf die Polizeibeamten geschossen worden.

Die Erfahrungen über die Maidoränge zeigen, wie solche Meldungen fabriziert werden. Ebenfalls wie bei den Maidorängen schwindelt man drauflos, die Beamten haben in Notwehr geschossen. Jetzt steht die Polizei schon sofort hinter die fliehenden Zettelanfalter. Dann wendeten sich die mit Recht empörten massenhaften Angekommenen gegen die Polizei und auch in diese wurde dann geschossen. Wie die Polizei vorgeht, konnten gestern auch Dresdner Arbeiter erleben, wir berichten darüber an anderer Stelle.

Sozialfaschisten und Polizei in einer Front

Selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Blätter in der gleichen Weise hagen wie die bürgerlichen. Die Sozialfaschisten betreiben die gleiche Methode.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag überziel in Schwerin ein Reichsbannerrollkommando eine kommunistische Klebefolienleiste. Die Polizei leitete den Sozialfaschisten energisch Hilfe. Mehrere Kommunisten wurden verhaftet.

Wo die Polizei nicht zurecht kommt, übernimmt das Reichsbanner die Arbeit. Die faschistische Haltung des Reichsbanners ist ganz offensichtlich. So wie die Polizei die Nationalsozialisten unterstützt, so unterstützt sie auch das Reichsbanner. Alle diese Methoden werden aber den

Vormarsch des Kommunismus

nicht aufhalten. Das Ergebnis der Wahlen zeigt einen starken Wahlerfolg der KPD

Die Kommunistische Partei hat einen Gewinn an Stimmen zu verzeichnen, während die Sozialdemokraten 9000 Stimmen verloren haben. Das vorläufige Wahlergebnis, es fehlen noch 24 Bezirke, zeigt folgendes Bild:

	Wahl 1929:	Wahl 1927:
Sozialdemokraten	117 803 (20)	128 746 (21)
Einheitsliste	136 427 (23)	143 942 (24)
Kommunisten	18 131 (3)	15 718 (3)
Volkswohlfahrt	7 453 (1)	10 002 (2)
Demokraten	8 779 (1)	8 982 (1)
Nationalsozialisten	12 554 (2)	3 589 (—)
Bauernbund	7 713 (1)	— (—)

Eine genauer Ueberblick über die Situation ist noch nicht möglich. Die bisherige Regierungsmehrheit von Demokraten und Sozialdemokraten hat keine Mehrheit mehr. Auch hier steht also die SPD vor der Großen Koalition.

Einheitsfront der Zollräuber

Brot, Fleisch, Kartoffeln, Milch, Schmalz und Butter sollen veräuert werden!

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Getreide- und Zollwucherer haben es so eilig, daß sie auch am Sonntag tagten. Es fand eine Konferenz der sogenannten Sachverständigen „zur Behebung der landwirtschaftlichen Notlage“ statt, an der auch die Führer der Reichstagsfraktionen teilnahmen. Ueber das Ergebnis wird wohlwollend geschwiegen. Bekannt wird aber, daß nach im Laufe dieser Woche sowohl die Zollverhandlungen im Reichstag durchgepeitscht, als auch den Großagrariern eine staatliche Abjag- und Preisgarantie für Getreide gegeben werden soll. Bereits gestern ist fast restlose Einmütigkeit zwischen den Zollräubern zustande gekommen und die Beratungen des sogenannten Sachverständigenausschusses gelten als abgeschlossen.

Eine gewaltige Erhöhung der Brot-, Fleisch-, Milch-, Butter-

und Kartoffelzölle wird gefordert. Es sollen der
Getreidezoll von 5,— auf 7,50 RM
Kartoffelzoll 1,00 „ 2,00 „
Zoll von Frühkartoffeln 2,00 „ 4,00 „
Butterzoll 27,50 „ 80,00 „
Zoll für Rinder 16,00 „ 35,50 „
Schweinezoll 16,00 „ 50,00 „
Milchzoll 37,50 „ 70,00 „
für den Doppelzentner erhöht werden.

Die geplante Zollpreiserhöhung muß auf den entschiedenen Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Es gilt, nicht zu warten, bis die Parteien des Zollwuchers ihre Verhandlungen beendet haben, sondern schon jetzt müssen die Kampfmaßnahmen in den Betrieben beschlossen werden.

Im Zeichen des Konfordsats und des Sozialfaschismus

Die Dresdner Polizei beschlagnahmt ein Freidenkerplakat

Gestern veranstaltete die Vereinigung Weltliche Schule in Dresden-Altstadt ein Kinderfest. Die Vereinigung Weltliche Schule ist keineswegs eine kommunistische Organisation, sie besteht zum größten Teil aus noch streng gläubigen Sozialdemokraten. So marschierte auch der Demonstrationzug auf. Sehr viele Kinder und ihre Eltern. Voran eine der üblichen bei sozialdemokratischen Anlässen verwendeten Musikkapellen, die meist keine proletarischen Kampflieder zu spielen vermögen und deswegen über den „grünen Mai“ ihre Weisen schmettern. Damit kein Irrtum entstehe, hatte man den Kindern Schwarzrotgoldene Fahnen in die Hand gedrückt und Kränze um den Kopf gebunden. Dennoch aber erregte der Zug bei der republikanischen Polizei Anstoß. Ein paar Kinder trugen ein Transparent: „Eltern, meldet eure Kinder vom Religionsunterricht ab“. Solche Transparente darf man aber im Deutschland des Sozialdemokraten Müller und des Konfordsatspartners, des Sozialdemokraten Brauns, nicht tragen.

Am Drei-Kaiser-Platz wurde der Zug gestoppt und einige Polizeibeamte gingen daran, das Transparent zu beschlagnahmen. Da sich die guten Sozialdemokraten das einfach nicht gefallen lassen wollten (die Deutschen der regierenden Partei waren ganz ericaunt, daß ihnen das auch passieren kann), erschienen einige Ueberfallkommandos und nahmen das Plakat mit Gewalt fort. Eine Frau, die sich empörte und ihrer Erregung Luft machte, wurde verhaftet. Werden die sozialdemokratischen Arbeiter daraus eine Lehre ziehen?

Zur gleichen Zeit zog eine Demonstrationstruppe der KPD Coblenz vorbei. Auch dieser Aufmarsch erregte die besondere Aufmerksamkeit der Polizei. Sie traf dabei Maßnahmen, die ganz klar zeigen, welchen Zweck sie verfolgen. Die Reaktion will die KPD verbieten. Sie will alle Mitglieder und Sympathisierenden aber möglichst im Bild festhalten, um Maßnahmen gegen sie zu treffen. So wurde denn dieser Aufmarsch polizeilich gestoppt. Die revolutionären Arbeiter werden sich deswegen nicht besonders fürchten und ihre Anstrengungen für die Befreiung des Proletariats, für den Sieg über die kapitalistische Gesellschaft vervielfachen.

Der Ueberfall auf die Demonstration der Weltlichen Schulvereinigung hat für die Coblenz-Freidenker eine ganz besondere Bedeutung. Seit einem Jahre gehen die SPD-Funktionäre und -Männer dazu über, in der Freidenkerorganisation die Opposition brutal auszuscheiden. Die Führer der Opposition werden

ausgeschlossen. Ueber die politischen Zusammenhänge von Aufstand und Staatsapparat soll nicht gesprochen werden. Jetzt können die sozialdemokratischen Freidenker sehen, wohin diese Politik führt.

Die Freidenker müssen sich jetzt um die Opposition zusammenschließen und den Kampf gegen die der Aufklärung und Freidenkerbewegung feindliche Staatsform mit aller Kraft führen.

Polizeierror in Chemnitz

Die vor einigen Tagen in Chemnitz abgehaltene KPD-Berammlung mit der Tagesordnung: „Faschistische oder proletarische Diktatur“, zu der der Reichstagsabgeordnete Winterich sprach, war der langgejagte Grund, für den Polizeipräsidenten Schwamberg den Beweis zu erbringen, daß unter der Heide-Regierung genau so der allgemeine Verfolgungskurs gegen revolutionäre Arbeiter durchgeführt wird, wie in den übrigen Teilen des Reiches. Mit einem ungeheuren Polizeiaufgebot unter Leitung von Offizieren in Zivil und einer Anzahl von Kriminalpolizisten, war das Versammlungsort umlagert, um alle Versammlungsteilnehmer zu kontrollieren. Ganz gleich, ob Jugendgenossen der KPD in ihrer Verbandskleidung oder Arbeiter mit sogenannten KPD-Blusen, die ohne Abzeichen an der Versammlung teilnehmen wollten, wurden brutal ihrer Kleidungsstücke beraubt und zum Teil verhaftet. Bei der Durchsichtung nach Waffen wurde in der rigorosesten Weise mit den Arbeitern umgesprungen. Die zur Versammlung marschierenden Jüge wurden in den Anmarschstraßen von Ueberfallstruppen in provokatorischer Weise gestoppt. KPD-Kameraden herausgerissen und verhaftet. Auf der Wache wurden ihnen Mat-Abzeichen, Schulterriemen, Zingerringe mit der roten Faust beschlagnahmt.

Die Versammlung selbst gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung der revolutionären Arbeiterschaft. Sie nahm nach dem Referat des Genossen Winterich und den Ausführungen eines parteilosen Arbeiters, die darin gipfelten, daß er seinem Beitritt zur KPD erklärte und alle Klassen Genossen aufforderte, seinem Beispiel zu folgen, eine Entschlieung gegen die Maßnahmen der Polizei an. In einer weiteren Entschlieung protestierte die Versammlung gegen das Verbot des KPD.

„Mißbrauch der Staatsgewalt“

Schwere Anklagen Prof. Singheimers gegen Zörrlebe!

Im Montag-Morgen wird angekündigt, daß der Frankfurter Professor Dr. Singheimer, einer der Bedeutendsten der bürgerlichen Rechtslehre und früherer Frankfurter Polizeipräsident, prominentes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in der demnächst erscheinenden Nummer der juristischen Fachzeitschrift Die Justiz schwere An-

griffe gegen den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Zein, Zörrlebe, wegen des blutigen 1. Mai rüden wird und eine Untersuchung der Vorgänge fordert. Singheimer verwirft die in Berlin angewandten Methoden entschieden. Er kommt zu einem scharf abspredhenden Urteil des Verhaltens der Polizei. Schon das Demonstrierungsverbot und seine Aufrechterhaltung wird von ihm als ein Mißbrauch bezeichnet. Aber selbst wenn ein Demonstrierungsverbot bestand, dürfte die Polizei nach Singheimer nicht so vorgehen, wie sie vorgegangen ist. Singheimer zitiert einen Artikel des Tagebuch vom 11. Mai. Wenn eine solche Anklage erhoben wird, besteht die Pflicht zu einer völligen Aufklärung des Sachverhalts. Diese Pflicht ist bisher versäumt worden. Wenn jene Anklage richtig sei, liege

ein Mißbrauch der Staatsgewalt

vor, weil die Art der Gewaltanwendung in keinem Verhältnis zu dem Ziele stehe. Wenn ein Aufstand nicht bestand und die Opfer vermeidbar waren, so liege eine Schuld vor, aus der die nötigen Konsequenzen gezogen werden müßten. Prof. Singheimer erhebt schwere Vorwürfe gegen die maßgebenden Instanzen, weil sie jede ernstliche Untersuchung der Angelegenheit unterließen. Der Preussische Landtag, der zur Kontrolle der Staatsverwaltung berufen sei, habe diese Kontrolle nicht in ausreichender Weise ausgeübt. Mit der unbedingten Sorglosigkeit sei man jenen Anklagen gegenüber einfach zur Tagesordnung übergegangen. Dem Landtag stehe das Recht zu, Tatsachen durch Einziehung eines Untersuchungsausschusses aufzuklären. Prof. Singheimer erwartet, daß der Landtag nach nachträglich von diesem Recht Gebrauch macht.

Rüftet zum Antikriegstag, dem 1. August!